

Pariser Zolltarif ist eine unbedingte Voraussetzung für einen einigermaßen Erfolg versprechenden Handelsvertrag mit Frankreich, da uns auch die bloße bereits vereinbarten Grundlagen für einen endgültigen Handelsvertrag mit Frankreich nichts nützen, wenn die unübertragbaren Minimalzölle des neuen Tarif Gesetz werden. Im März d. J. sind nämlich in einem Protokoll diese Grundlagen für den endgültigen Vertrag dahin festgelegt worden, dass Frankreich unterseits die Meinungsverschiedenheit der juro genießen wird, wir aber, da die französischen Völker die den Grundzüge der Meinungsverschiedenheit nicht kennen, den facto meinungsverschieden werden, d. h. die Minimalzölle erhalten sollen. Ferner wurde gegen seitige Zollbindung und grundlegende wirtschaftliche Gleichstellung vereinbart. Auf dieser Grundlage hatte Deutschland in Paris Verhandlungen über ein langfristiges Provisorium vorbereitet, das die ungünstigen Folgen der bisherigen kurzfristigen Regelungen ausschließen und nach den Grundsätzen der Weltwirtschaftskonferenz für die im Handelsaustausch besonders wichtigen Warengruppen möglichst niedrige Zollzölle enthalten sollte. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat auf der Hamburger Tagung des Industrie- und Handelsrates weitere Einzelheiten erwähnt und dabei besonders zum Ausdruck gebracht, dass die Auswirkungen den gesamten Raum bis zur französischen Tarifreform umfassen müssten. Deutschland sei auch bereit, den Unterschied zwischen dem gegenwärtigen niedrigeren französischen Minimaltarif und einem höheren Niveau unserer Vertragszölle dadurch auszugleichen, dass wir eine gewisse Erhöhung der französischen Minimalzölle in Kauf nehmen und unterseits vertragliche Ermäßigungen unserer Seite für den französischen Export besonders interessierende Waren angestreben.

Dieses überaus weithinige deutsche Angebot war bisher von Frankreich abgelehnt worden. Ob es der jetzt zur Entscheidung stehenden Regelung wenigstens zum Teil angreutet, steht noch dahin. Die Fälle, in denen nach Berlin übermittelten Berichten zustande kommen sind, lädt leider ernste Befrauen zu Raum. Denfalls dürften sich weder die deutsche Delegation in Paris noch die Reichsregierung einer Täuschung darüber hingeben, dass lediglich eine Verlängerung des augenblicklichen Provisoriums, selbst mit geringen Erweiterungen, den berechtigten deutschen handelspolitischen Interessen seineswegs entsprechen könnte. Dagegen könnte eine umfassendere, für längere Zeit geltende Zusammensetzung etwa in der Art, wie sie der Minister Curtius angedeutet hat, insoweit von Vorteil für uns sein, weil sie bereits für eine Reihe der wichtigsten Waren des deutschen Ausfuhrinteresses könnten und würden.

neue französische Minimalzölle festlegen, die bei der Beratung der französischen Zollnouvelle für die Kammerparteien praktisch wirkende Anhaltspunkte bilden und die endgültigen Zölle des neuen französischen Zolltarifes maßgebend beeinflussen könnte. Weder unter diesem Gesichtspunkte der Einführung auf die künftigen Zölle des neuen Tarif durch Fortführung der praktischen Verhandlungen über einen endgültigen deutsch-französischen Vertrag wäre auch ein völiger Abbruch der Verhandlungen in Paris vielleicht für uns nicht wünschenswert. Denn in der Praxis würde ein vertragloser Zustand mit Frankreich für das Gros der deutschen Wirtschaft kaum nennenswerte Schäden im Gefolge haben, da auch heute schon für mehr als 80 Prozent der Zollpunkte praktisch der vertraglose Zustand besteht. Das wird man in Berlin keinen Augenblick aus dem Auge verlieren dürfen, wenn man etwas vor der Entscheidung steht, nur eine Verlängerung des gegenwärtigen ungünstigen Zustandes einzugehen oder das Provisorium überhaupt fallen zu lassen. Wenn es uns nicht gelingt, in weiteren Verhandlungen die künftigen französischen Tarife in gewissem Sinne zu binden, dann könnte ein neues Provisorium kaum von Vorteil für uns sein. Dann wird man aber auch im Berlin allen Grund haben, einer in Paris zweitlos vorhandenen Spekulation auf eine freiwillige Senkung der deutschen Industriezölle den Boden zu entziehen. Das Reichskabinett traut sich bekanntlich mit dem bei der Vorlage über die Verlängerung der deutschen Zollgesetze gedankten Gedanken, in Verfolg der Anregungen der Weltwirtschaftskonferenz die deutschen Industriezölle einer Revision zu unterziehen. Und der Reichswirtschaftsminister hat in Hamburg diese Pläne noch dahin präzisiert, dass die unbedingt notwendige Angleichung des Agrarzolls an das der Industriezölle nicht durch Erhöhung der landwirtschaftlichen Zollzölle sondern durch eine Senkung der Industriezölle erfolgen soll. Derartige Pläne sind natürlich nur zu geeignet, dem französischen Widerstand gegen eine vernünftige Handelsregelung mit Deutschland dadurch neue Nahrung zu geben, dass man in Paris die Hoffnung weckt, bei weiterer Verhandlung des Handelsvertrages niedrigeren deutschen Industriezöllen gegenüber noch weit größere französische Vorteile einzutauschen. Wir haben als wirtschaftlich eingeteilt und von den Tausend-Gläubigern an aktiven Außenhandel gezwungenen Land die geringste Verantwortung, den ersten Schritt zur Verwirklichung der Genfer Theorien zu tun, aus dem unsere länderneidigen handelspolitischen Gegner zum weiteren schweren Schaden unserer Handelsbilanz erneut Kapital schlagen könnten und würden.

## Der Schiedsvertrag mit Italien vor dem Reichstag.

### Das Kriegsgerüge vorläufig abgelehnt.

(Druckschrift unter der Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 27. Juni. Von der Tagessitzung seiner heutigen Sitzung legte der Reichsfinanzminister das Gesetz über Kriegsgerüge, das in zweiter Lesung beraten werden sollte, wieder ab, weil der Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der sich zurzeit in Oslo befindet, einige Fragen zu diesem Thema selbst beantworten will. Der Reichstag behandelt daher heute zunächst in zweiter Beratung den

deutsch-italienischen Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag.

Abg. Schücking (Dem.) beantragt, dass der Vorsitzende der deutschen Gruppe der interparlamentarischen Union diesen Vertrag aufs wärmste.

Abg. Stoerzer (Comm.) betonte, dass der Vorsitzende Schücking die Errichtung von Schiedsgerichten zur Verhütung eines Krieges für nothwendig erklärt habe. Der Vorsitzende Silberding habe sich auf dem internationalen Sozialistenkongress in Mailand abfällig ausgeschaut. Das vorliegende Abkommen sei zu einem Zeitpunkt unterschrieben worden, als man schon wusste, dass man mit der Politik von Thoiry nicht weiterkommen werde. Auch dieser Vertrag beweise, dass die deutsche Bourgeoisie trotz der Erklärungen Stresemanns in die englische Antirusslandfront mit einstimmigem Auffassungsspiel gehen kann. Die Kommunisten lebten aus allen diesen Gründen das Abkommen ab. Wegen beiderseitiger Andürfe wurde der kommunistische Redner vom Präsidenten mehrfach zur Ordnung gerufen.

Abg. Dr. Breitfeld (Soz.) erklärte gegenüber den Anhängern des kommunistischen Redners, dass er nicht die Phantasie aufbringen könne, diesen Vertrag mit dem englisch-russischen Konflikt in Verbindung zu bringen.

Abg. Freiherr v. Helmhaben (D. P.) betonte, dass die inneren Verhältnisse in anderen Ländern auf keinen Fall maßgebend für die Gestaltung der Außenpolitik sein dürften, weder in Russland noch in Italien.

Es ist natürlich sich neben den vielen anderen aktuellen Problemen auch einmal endlich mit dem deutsch-italienischen Verhältnis zu beschäftigen.

Italien ist Garant der Locarno-Verträge, und es ist klar, dass seine eigene Politik auch in direkter Beziehung zu der Ausgestaltung der Locarnopolitik überhaupt steht. So wichtig die deutsch-französischen Beziehungen also seien, so erachten schon die freundlich-politischen Beziehungen zwischen Frankreich und England einerseits, wie zwischen England und Italien andererseits die Richtigkeit der Formel von der Zusammenarbeit der Großmächte, Deutschland, Frankreich, England und Italien. Sie schlicht die deutsche Arbeit im Völkerbund und die Notwendigkeit von Beziehungen Deutschlands zu mittleren und kleineren Staaten in seiner Weise auf, und warum soll es nicht im Rahmen einer allgemeinen europäischen Zusammenarbeit auch im besonderen ein anderes deutsch-italienisches Verhältnis geben. Historisch gebe es keinen Gegen-

satzen zwischen beiden Ländern. In der Gegenwart sind beide Länder schon durch die Ausführung des Verhaften Vertrages vielfältig verbunden.

Darüber hinaus ergeben wirtschaftliche Schwierigkeiten gemeinsame Interessen. Die Übervölkerung und die Möglichkeit gemeinsamer kolonialer Bedeutung sind vielfach Anknüpfungspunkte. Freilich sind manche Medien in Italien der freundlich-politischen Ausgestaltung der beiderseitigen Beziehungen nicht dienlich. Was unsere Stammesbrüder in Südtirol anbelangt, so halten wir daran fest, dass unbeschadet der Brennergrenze sie ihre deutsche Sprache und Kultur behalten müssen. Es wäre bedauerlich, wenn unbedachte Reden hüben oder drüben den Prozess der Annäherung stören würden. Es ist zu hoffen, schloss der Redner seine Ausführungen, dass der jetzt angenommene Schiedsvertrag nützlich wirken werde.

Der Vertrag wurde darauf in 2. und 3. Lesung gegen die Kommunisten angenommen. Die schon in einer früheren Sitzung begonnene 2. Lesung des Gesetzesvorwurfs zur Änderung der Pachtordnung,

die die Gelungsdauer der jetzigen Pachtordnung um zwei Jahre bis 1929 verlängern will, wird darauf fortgeführt. Abg. Tempel (Soz.) forderte ein neues Pachtrecht. Darauf musste man aber der Verlängerung der geltenden Pachtordnung zustimmen. — Abg. Rönnegård (Dem.) forderte ein Taurergesetz. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Streichung von Bestimmungen, sowie eine Reihe von Anträgen über Pachtabschlüsse wurden mit 180 gegen 155 Stimmen in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Die Vorlage wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Darauf folgt die Beratung eines sozialdemokratischen Antrages, wonach Reichstag abgeordnete dem Reichspräsidenten von der Übernahme von Aufsichtsratsposten in Mittleitung machen sollen. Der Antrag wurde dem Haushaltshaushalt überwiesen.

Zu Värmeszen fand es dann bei der Beratung eines sozialdemokratischen Antrags, der die Streichung von Beständen von Beamten und Militärpersonen fordert, die an hochverratener Umrübung gegen die Republik teilgenommen haben. Abg. Röhm (Soz.), der den Antrag begründete, nannte es als unerhörten Skandal, dass Hochverräter, wie Luitpold, hohe Pensionen von der Republik bezogen. Auf Antrag des Abg. Tittmann (Soz.) wurde zur Nachprüfung der vom Vorredner vorgebrachten Einzelheiten der Antrag zur Prüfung an den Haushaltshaushalt zurückgewiesen. Es folgte dann noch die Beratung eines Antrags der Baierischen Volkspartei auf

Beschränkung der Zahl der wirtschaftlichen Betriebe des Reiches.

Abg. Biener (D. N.) bedauerte die Konkurrenz, die dem Handwerk dadurch bereitet werde. Deftentliche Mittel würden geradezu verschwendet. Die Städtische Baumgesellschaft in Leipzig würde zum Beispiel nur durch Zusätze künstlich am Leben erhalten. Hieraus wurden die Beratungen abgebrochen und das Haus vertrat sich auf Dienstag nachmittag.

## Für die deutsche Wissenschaft.

Ein Mahnmal an das deutsche Volk und die Reichsregierung. Berlin, 25. Juni. Führende Männer der deutschen Wissenschaft, der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeit haben an die Reichsregierung an Händen des Herrn Reichskanzlers Dr. Marx ein Schreiben gerichtet, worin es heißt:

In ernster Stunde wenden sich die Unterzeichneten an die Reichsregierung und an die deutsche Oberschicht.

In unserer größten Sorge scheint es, als ob sich Verschreibungen geltend machen, die den Forschungsbereichen gewidmeten Fonds des Reichsberats zukürzen. Die Folgen solcher Maßnahmen würden verhängnisvoll sein. Wenn die für 1927 gewährten Mittel der Volksmeinung im neuen Jahre nicht unverkürzt weiter bewilligt und die unerlässlichen Lebensbedingungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht erfüllt werden, so erlahmt die Tätigkeit dieser Institutionen eine Fähigung von unübersehbarer Tragweite. Dann müssten Arbeiten aufgegeben werden, die auf dem Gebiete der Physik (drahtlose Weltfahrt, Strahlungsforschung, Erforschung neuer Rohstoffe), der Chemie (Perfumierung der Kohle, Verbrennung der Leicht- und Schwermetalle, Einheitsforschung, Kohleforschung), der Medizin (Krebs, Tuberkulose, Nachitis, Säuglingssterilität, Kinderkrankheit, Hirnforschung), der landwirtschaftlichen Forschung (Saatgutprüfung, Pflanzenschädigung, Kartoffelkampfung, Hebung der Viehzucht, landwirtschaftliche Ertragssteigerung) und der Technik (Wärmeleistung, Kraftmaschinenbau, Stromforschung, Weltluftverkehr) von mehr als 1000 Forschern in Angriff genommen sind und beendet werden. Von den Schädigungen der Gesellschaften zu schwelen, auf denen nicht minder gefährliches Leben und unsere Weltgeltung beruht. Im besonderen hängt an den gefährdeten drei Millionen Mark für die Volksmeinung die Arbeit von Hunderten von Forschern, die für die nationale Wirtschaft, die Volksgesundheit und das Volk wohl gleich unentbehrlich ist.

Welche Regierung und welche Reichsseite kann die Verantwortung übernehmen, durch Sperrung der hierfür erforderlichen Staatsfonds diese Forschungsarbeiten abzuschaffen? Alle Vertreter deutscher Forschung und deutscher Arbeit warnen wir im Bewusstsein stärkster Verantwortung vor dieser Gefahr und wenden uns daher mit diesem Aufruf an die Reichsregierung und das deutsche Volk.

Die Kundgebung ist unterzeichnet von einem halben Hundert der besten Namen deutscher Wissenschaft, Wirtschaft und Arbeit ohne Unterschied der Partei.

Berlin, 27. Juni. Im Zusammenhang mit den Berichtigungen wissenschaftlicher Gesellschaften wegen erheblicher Abstriche an den Zuwendungen für die Wissenschaft im kommenden Etatjahr hat Reichsfinanzminister Dr. Möller in einem Telegramm an den Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sein lebhaftestes Bedauern über die entstandene Unzertugigung zum Ausdruck gebracht und beruhigende Erklärungen abgegeben. Von unerreichbarer Seite wird ferner mitgeteilt, dass der Reichsfinanzminister zu der Höhe der Etatshäfen für 1928 überhaupt noch nicht Stellung genommen hat. (WTB.)

## Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Berlin, 27. Juni. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge betrug am 15. Juni 1927 rund 508 000 (männlich: 480 000, weiblich: 118 000) gegenüber rund 648 000 (männlich: 523 000, weiblich: 125 000) am 1. Juni 1927 und 743 000 (männlich: 603 000, weiblich: 140 000) am 15. Mai 1927. Der Rückgang in der Zeit vom 1. bis 15. Juni beträgt also rund 50 000 = 7,7 Prozent. Die Zahl der Bushlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienangehörige) im gleichen Zeitraum von 726 000 auf 684 000

Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbsfürsorge ist in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni 1927 zurückgegangen, und zwar um weitere 18 000. Die Gesamtzahl betrug am 15. Juni 1927 rund 208 000 (männlich: 167 000, weiblich: 41 000) gegenüber 226 000 (männlich: 182 000, weiblich: 44 000) am 15. Mai 1927. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen zeigt demnach wieder einen erfreulichen Rückgang. Sie hat sich in der Zeit vom 15. Mai 1927 bis 15. Juni 1927 von 969 000 auf 806 000 also um rund 163 000 = 16,8 Prozent verringert.

Berlin, 27. Juni. Der Reichsrat hat am 28. d. M. einem Verordnungsentwurf des Reichsarbeitsministers zugestimmt, durch den das Gesetz über eine Arbeitsfürsorge für Erwerbslose im bisherigen Umfang bis zum 30. September 1927 verlängert wird.

## Keine Preiserhöhung für Kohle.

Berlin, 27. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichskohlenverbands und des Großen Ausschusses des Reichskohlenverbands wurden die Preiserhöhungsanträge des Ruhrkohlenverbands, des Sachsen-Syndikats und des niederösterreichischen Syndikats abgelehnt. Angenommen wurde ein eingehender Antrag des Ruhrkohlenverbands, der dahin geht, nur den Magazin-, Gas- und Gasfassionskohlen einen Preisaufschlag von 7,5 Prozent zu gewähren. Der angenommene Antrag wurde jedoch von dem Vertreter des Reichsministers beauftragt. Die Preisverhandlungen des oberösterreichischen, niederösterreichischen und sächsischen Steinkohlenverbands wurden einem Unterausschuss zur Prüfung übergeben. (WTB.)

## Provisorische Verlängerung der Mieterabgeltung.

Berlin, 27. Juni. Das Mieterabgeltungsgesetz und das Reichsmietengesetz laufen mit Ende Juni d. J. ab. Die Reichsregierung hatte infolgedessen dem Reichsrat eine Vorlage unterbreitet, die nicht nur die Verlängerung der Gelungsdauer beider Gesetze bis Ende Juni 1928 vorlässt, sondern auch verschiedene einschneidende Änderungen enthält, insbesondere bezüglich des Abtuldungsrechts. Die neuen Bestimmungen über das Abtuldungsrecht hatte der Reichsrat abgelehnt, im übrigen aber beide Vorlagen mit einigen geringen Änderungen angenommen. Dies war in der Reichsratssitzung vom 21. d. M. geschehen. Die Vorlagen sind so spät an den Reichstag gekommen, dass die Bekanntmachung bestand, dass dieser Gesetz abgelaufen wären. Deshalb hat der Reichsrat heute auf Vorschlag der Reichsregierung ein Gesetz beschlossen, wonach die Gelungsdauer des Gesetzes über Mieterabgeltung und Mieteingangsämter und das Reichsmietengesetz bis zum 31. Juli 1927 verlängert werden soll. Es handelt sich um eine provisorische Regelung. Man hofft, dass der Reichstag noch vor den Sommerferien die früher von der Regierung vorgelegten und vom Reichsrat gebilligten Gesetze erledigen wird.

## Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes.

Berlin, 27. Juni. Ab 1. Juli 1927 tritt das Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft. Mit diesem Zeitpunkt beginnen die Arbeitsgerichte, Kaufmannsgerichte und arbeitsgerichtliche Kammern sowie Schlichtungsgerichte zu bestehen aufzubrechen.

Warschau, 27. Juni. Chamberlain und Levine sind heute nachmittag hier eingetroffen. (T.U.)

## Internationaler Handelskammer-Kongress.

### Die Eröffnungsfeier in Stockholm.

Stockholm, 27. Juni. Der vierte Kongress der Internationalen Handelskammer wurde heute in Anwesenheit Königin Gustavas, des Kronprinzenpaars, der Prinzen Eugen und Wilhelm von Schweden, des Ministerpräsidenten und mehrerer anderer Minister feierlich eröffnet. Der Vorsitzende des Kongresses, Baudirektor A. A. Wallenberg, begrüßte die Anwesenden mit einer kurzen Ansprache. An die deutschen Delegierten richtete er in deutscher Sprache folgende Worte: Ich erlaube mir, die deutschen Delegierten speziell zu begrüßen, da es das erste Mal ist, dass Deutschland sich in unserem Kongress hat vertreten lassen. Wie wissen alle, dass unsere Arbeit durch die Erfahrung und die vielen Kenntnisse, die Sie, meine Herren, uns ausführen, erleichtert wird. Und darum sagen wir Ihnen ein herzliches Willkommen. Was das Programm des Kongresses anlange, so hande es sich nicht nur darum, die Handelsverhältnisse zwischen den verschiedenen Ländern zu verbessern, sondern auch in erster Linie darum, die herzlichen Beziehungen zwischen den Nationen zu erleichtern und den Frieden zu erhalten.

Der schwedische interimistische Minister des Außenhandels wies darauf hin, dass seit den letzten Kongressen in Rom und Brüssel vieles erreicht wurde, was auf eine günstige Entwicklung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Austausches zwischen den Nationen schließen lasse. Die Weltwirtschaftskonferenz habe eine feste Diskussionsgrundlage geschaffen. Es bleibe aber viel zu tun, und es sei namentlich

nötig, sich die Unterstützung der öffentlichen Meinung zu sichern. Beginn der Arbeiten.

Stockholm, 27. Juni. Die drei Kommissionen der Internationalen Handelskammer begannen heute ihre Sitzungen. In der ersten Kommission, die sich mit den Handelsverträgen des freien Handelsverkehrs beschäftigt, hielt Prof. Gustav Tassel eine Rede über Staatsförderungen für den Handel. In der Kommission für Lustverkehr beschloss man, verschiedene Schritte zu unternehmen, um den Lustverkehr in ganz Europa einheitlich zu regeln. Die Kommission für Wechsel- und Scheinkredit beschloss, dass ein Internationaler Kongress von Regierungsvertretern zusammenzutreffen werden soll, um eine fortlaufende Vereinheitlichung der Scheinkreditgesetzgebung für die verschiedenen germanischen und lateinischen Staaten durchzuführen. — Die Teilnehmer der Konferenz wurden um 4 Uhr nachmittags vom König und dem Kronprinzenpaar im Schloss empfangen. (WTB.)

## Vor der Entscheidung über das deutsch-französische Provisorium.

Berlin, 27. Juni. Der Führer der deutschen Delegation für die deutsch-französische Handelsvertragsverhandlungen, Ministerialdirektor Posse, ist in Berlin eingetroffen. Es finden heute und morgen Beratungen mit den maßgebenden Stellen über die schwierigen Fragen statt. Posse wird spätestens morgen abend nach Paris zurückkehren.